

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried
Genossinnen und Genossen

betreffend Korruption im Zentrum der Bundesregierung - dringende Maßnahmen, um weiteren Schaden von der Republik Österreich abzuhalten

eingebracht im Zuge der Debatte: Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes des Bundeskanzlers und der Ernennung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten

Die Ereignisse und Enthüllungen der vergangenen Tage, die Ergebnisse des Ibiza-Untersuchungsausschusses und die öffentlich bekannten Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft lassen nur einen Schluss zu: Unter Sebastian Kurz hielt ein System Einzug in die Institutionen unserer Republik, das parteipolitische Interessen über jene unserer Republik und ihrer EinwohnerInnen stellt und das den moralischen Anforderungen an hohe Regierungsämter nicht einmal annähernd entspricht.

Mittlerweile werden mit Sebastian Kurz und Gernot Blümel zwei Mitglieder der Bundesregierung von der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Begehung (mehrerer) strafbarer Handlungen als Beschuldigte geführt. Ebenfalls als Beschuldigte werden mehrere der engsten Vertrauten von Sebastian Kurz, wie dessen Kabinettschef, Mag. Bernhard Bonelli, sowie der Medienbeauftragte des Bundeskanzleramts, Mag. Gerald Fleischmann, sowie sein Pressesprecher, Johannes Frischmann, geführt. Mag. Fleischmann und Johannes Frischmann genießen laut Medienberichten Urlaub, über disziplinäre oder arbeitsrechtliche Schritte ist nichts bekannt. Die drohenden Strafen reichen im Falle einer Verurteilung bis zu zehn Jahre Haft.

Es zeigt sich, dass trotz der Zurücklegung seines Amtes jenes System, das Sebastian Kurz geschaffen hat, weiter existiert und auch in Zukunft durch dieses System ein Schaden für unsere Republik droht. Die bisherigen Enthüllungen dürften nur die Spitze eines noch viel größeren Eisbergs sein.

In der Unterstützungsphase befindet sich gegenwärtig das „Rechtsstaat & Anti-Korruptionsvolksbegehren“, welches wertvolle und dringend umzusetzende Forderungen beinhaltet, um korrupte Handlungen insbesondere im Bereich der Politik bereits im Vorfeld zu verhindern und in diesem Sinne ebenfalls Schaden von der Republik Österreich abzuhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung:

„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert,

dem Nationalrat innerhalb eines Monats einen Gesetzesentwurf für ein Antikorruptionspaket zuzuleiten, welcher sich an den Forderungen des Rechtsstaats & Anti-Korruptionsvolksbegehrens orientiert,

die dem System „Kurz“ zugehörigen - strafrechtlich beschuldigten - Mitarbeiter, bis zum Abschluss der jeweiligen Strafverfahren vorläufig vom Dienst zu suspendieren bzw. ihr Dienstverhältnis sonst ruhend zu stellen, um weiteren Schaden von der Republik Österreich abzuhalten,

den ebenfalls als Beschuldigten geführten Strategieberater des Bundeskanzlers, Dr. Stefan Steiner, der nach Medienberichten lediglich in einem Auftragsverhältnis zur Österreichischen Volkspartei steht, aber permanent zugezogen wird, ab sofort von allen Regierungsangelegenheiten auszuschließen,

die Finanzprokuratur zu beauftragen, die Republik im Zusammenhang mit Scheinrechnungen für vorgetäuschte Leistungen schadlos zu halten, sowie

die Justiz in ihrer Arbeit nicht zu behindern, insbesondere Pressekonferenzen seitens Regierungsvertreter mit Angriffen auf die Justiz zu unterlassen.“

A. Kell
(LEICHTFRIED)

Pedro Baur
BAUR

A. Bahr
(HOFLEINER)

M. Mahr
(YILDIRIM)

G. Kellner
(Lindner)

